



NIEDERSCHRIFT

über die 3. gemeinsame Sitzung des Hauptausschusses
und des Bauausschusses der Stadt Landau in der Pfalz
am Dienstag, 08.05.2018,
Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 17:51



Anwesenheitsliste

CDU

Cyrus Bakhtari

Heidi Berger

Vertretung für Herrn Dr. Bals

Rudi Eichhorn

Peter Heuberger

Susanne Höhlinger

Vertretung im HA für Herrn Morio

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Michael Schreiner

SPD

Sonja Baum-Baur

Vertretung für Herrn Prof. Leiner

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Florian Maier

Michael Scheid

bis Top 3; 17:26 Uhr

Magdalena Schwarzmüller

Vertretung für Frau Vogler

Aydin Tas

Vertretung im BA für Herrn Schmitt

Bündnis 90/Die Grünen

Lukas Hartmann

Andrea Heß

Udo Lichtenthäler

Sophia Maroc

FWG

Wolfgang Freiermuth



FDP

Jochen Silbernagel

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

Vertretung im BA für Herrn Wagner

Beigeordnete/r

Rudi Klemm

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Berichterstatter

Christine Baumstark

Ralf Bernhard

Kurt Degen

Stefan Joritz

Christoph Kamplade

Sonstige

Sandra Diehl

Schriftführer/in

Dominik Hoffmann

Entschuldigt



CDU

Dr. Thomas Bals entschuldigt

Rolf Morio entschuldigt

SPD

Monika Vogler entschuldigt

Prof. Peter Leiner entschuldigt

Heinz Schmitt entschuldigt

Pfeffer und Salz

Jakob Wagner entschuldigt



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Stadtumbaugebiet „Östliche Innenstadt“; Herstellung des 2. Bauabschnittes Ostbahnstraße im Bereich des ehemaligen Rosenplatzes und der damit verbundene Ankauf und Rückbau des Ostringpavillons
Vorlage: 610/505/2018
3. B272 / K13 / K42, Anbau zusätzlicher Einfädelspuren bei Dammheim
Vorlage: 660/164/2018
4. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner sorgte sich um das Schwinden der Waldschmetterlinge und den allgemeinen Rückgang der Insekten. Er berichtete von der bundesweiten Initiative "Kommune für biologische Vielfalt" und fragte nach, ob der Verwaltung diese bekannt sei und man sich daran beteiligen werde.

Der Vorsitzende erklärte, dass Landau sich an vielen Initiativen bereits beteilige. Er bat um Zusendung entsprechender Informationen, danach werde man über eine Teilnahme entscheiden.

Der Einwohner gab an, dass er dem Vorsitzenden Informationsmaterial zukommen lassen wird.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Stadtumbaugebiet „Östliche Innenstadt“; Herstellung des 2. Bauabschnittes Ostbahnstraße im Bereich des ehemaligen Rosenplatzes und der damit verbundene Ankauf und Rückbau des Ostringpavillons

Der Vorsitzende eröffnete den Tagesordnungspunkt und verwies auf die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes, Abteilung Stadtplanung und Stadtentwicklung, vom 26. April 2018, auf die hingewiesen wird. Diese stehe nun für die Kontinuität der Stadtentwicklung und zeige auf, dass sich die Verwaltung mit der zentralen Frage, der Zukunft des Ostringpavillons, ausgiebig beschäftigt hat. Weiterhin werde deutlich, dass man Förderungsmaßnahmen nutze, um die Stadtentwicklung voran zu treiben. Mit dem Beschluss könne man Klarheit bei den Eigentümern des Pavillons schaffen. Im Namen des Stadtvorstandes dankte er allen Personen, die an den Planungen beteiligt waren.

Ratsmitglied Lerch hob hervor, dass der Beschluss eine für Landau wichtige Entscheidung darstellt. Da bei diesem Projekt sehr viele Steuergelder verwendet werden sollen, war der CDU-Fraktion ein transparentes Verfahren, in welchem die Gremien bewusst über das Vorhaben entscheiden, sehr wichtig. Die nun vorgelegte Sitzungsvorlage sei entscheidungsreif, jedoch nur unter den drei folgenden Bedingungen:

1. Bei den vorgelegten optischen Darstellungen, insbesondere den Stellplätzen, handelt es sich um die tatsächliche Gestaltung des Platzes.
2. Es findet keine Enteignung der jetzigen Besitzer statt.
3. Der unter Ziffer 3 des Beschlussvorschlages genannte Vorbehalt wird erfüllt. Bei Änderungen der Rahmenbedingungen muss der Stadtrat erneut über das Vorhaben entscheiden.

Der Abriss des Pavillons werde insgesamt für die Stadt kostengünstiger als die Erhaltung.

Ratsmitglied Maier brachte zum Ausdruck, dass die SPD-Fraktion Verständnis für diejenigen habe, die sich für einen Erhalt des Pavillons einsetzen würden. Letztendlich wirke der Pavillon jedoch wie ein Fremdkörper in der Gestaltung der Ostbahnstraße. Durch den Pavillon werde die Stadt- und Verkehrsentwicklung gehemmt. Mit dem Abriss könnte in der Innenstadt neuer Freiraum geschaffen werden, ohne dass dadurch Wohnraum verloren geht. Sie werden deshalb der Vorlage zustimmen.

Ratsmitglied Lichtenthäler verwies auf die letzte Sitzung des Bauausschusses, in welcher seine Fraktion bereits ihre Bedenken bezüglich den Kosten und den verwendeten Steuergeldern geäußert hat. In dieser Sitzung wurden verschiedene Varianten mit und ohne Pavillon dargestellt. Letztendlich seien bei einem Abriss die Gestaltungsmöglichkeiten größer. Im Gegensatz zu der CDU-Fraktion sehen sie die vorgestellten planerischen Darstellungen noch nicht als abschließend an. So sollte man über die Schaffung von mehr Grünflächen nachdenken. Nichts desto trotz werden sie heute, als auch im Stadtrat, der Vorlage zustimmen.

Ratsmitglied Freiermuth beschrieb den Pavillon als einen Betonklotz, welcher ein Relikt aus alten Zeiten darstellt. Mit dem Abriss könnte man innenstadtnah einen Platzcharakter entwickeln, durch welchen auch die Verkehrsführung verbessert werden würde. Es sei ihnen aber wichtig, dass keine Enteignung stattfindet. Dies werde man jedoch regeln. Sie werden der Vorlage zustimmen.



Ratsmitglied Dr. Migl gab an, dass die Fraktion Pfeffer und Salz eine andere Haltung vertrete. Für einen recht kleinen Platz, welcher nicht repräsentativ sei, werde ein erhöhter Aufwand an Steuergeldern benötigt. Durch die anfallenden Entschädigungen für die Bürger entstehe eine ungleiche Kosten-Nutzen-Relation. Ihrer Meinung nach ist zudem die vorgestellte Verkehrsführung nicht optimal gewählt. Es gebe in Landau wichtigeres zu tun. Sie werde daher der Vorlage nicht zustimmen.

Ratsmitglied Silbernagel erklärte, dass die FDP für den Erhalt des Ostringpavillon sei. Für die Realisierung und spätere Bespielung des geplanten Platzes würden zu viele Steuergelder und Investitionen benötigt. Diese Gelder könnte man sinnvoller einsetzen.

Der Vorsitzende bedankte sich für die Stellungnahmen und machte nochmals deutlich, dass mit den heutigen Beschlüssen der Eintritt in das Verfahren ermöglicht werde. Man könnte sodann in die Verhandlungen mit den Eigentümern eintreten und Klarheit für diese schaffen. Die Ergebnisse dieser Verhandlungen werden zu gegebener Zeit wieder in den Gremien vorgestellt. Er äußerte zudem Verständnis zu den Einwänden zur schwierigen Gesamtkostendimension, erläuterte aber gleichzeitig, dass die genutzten Fördergelder nicht einfach woanders in der Stadt eingesetzt werden könnten.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgten, erläuterte der Vorsitzende das folgende Abstimmungsverhalten. Zunächst werde der Bauausschuss über den Beschlussvorschlag abstimmen, danach der Hauptausschuss. Stadtratsmitglieder, die Mitglieder in beiden Ausschüssen sind, könnten für beide Ausschüsse abstimmen.

Der Bauausschuss empfiehlt dem Stadtrat mehrheitlich mit 12 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen den nachfolgenden Beschlussvorschlag.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat mehrheitlich mit 14 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen den nachfolgenden Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Herstellung des 2. Bauabschnittes Ostbahnstraße gemäß der Vorlage und dem Gestaltungskonzept „Stadtboulevard Ostbahnstraße“ sowie den Ankauf und Rückbau des Ostringpavillons.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Schritte zum Ankauf und zum Rückbau des Ostringpavillons sowie zur Herstellung des 2. Bauabschnittes Ostbahnstraße in die Wege zu leiten.
3. Die Ziffern 1. und 2. stehen unter Vorbehalt, dass mit den Eigentümern des Pavillons Einigkeit über die Verkaufsbedingungen erzielt wird und der Stadtrat diesen zustimmt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

B272 / K13 / K42, Anbau zusätzlicher Einfädelspuren bei Dammheim

Der Vorsitzende eröffnete den Tagesordnungspunkt und verwies auf die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes, Abteilung Mobilität und Verkehrsinfrastruktur, vom 4. April 2018, auf die hingewiesen wird. Er erinnerte an das Jahr 2007, in welchem der Stadtrat im Rahmen des Planfeststellungsbeschlusses zum Ausbau der Anschlussstelle Landau Nord bereits eine Stellungnahme zur Verbesserung der Verkehrsführung abgegeben hat. In den letzten Jahren wurden mehrere Gespräche geführt, um über die Herstellung der Verkehrssicherheit zu beraten. Ende des letzten Jahres wurde seitens des Landesbetriebes Mobilität (LBM) mitgeteilt, dass die favorisierte Lösung, die holländische Rampe, nicht ohne einen Vorlauf von mehreren Jahren realisiert werden könnte. Neben den kalkulierten Kosten in Höhe von 3 Mio. Euro, deren Verteilung auf kommunaler Ebene noch nicht geklärt sind, liege zudem noch keine baurechtliche Grundlage für die Maßnahme vor. Da jedoch die Kreiselbaumaßnahme am Dammheimer Kreuz noch in diesem Jahr beginnen soll und deshalb mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen rund um die Ortsausfahrt Dammheim gerechnet werden muss, schlage der LBM die Einfädelfädelspuren als Provisorium vor. Der Ortsbeirat Dammheim hat hiergegen große Bedenken geäußert. Es bestehe die große Sorge, dass das Provisorium, ähnlich wie in Birkweiler, zur Dauerlösung werden könnte. In der letzten Sitzung des Bauausschusses wurde die Thematik nochmals ausgiebig diskutiert. Es besteht eine Gesamtverantwortung für die Stadt als auch für die Region. In der heutigen Sitzung werde keine Abstimmung erfolgen. In der kommenden Sitzung des Stadtrates am 22. Mai 2018 werde ein endgültiges Votum eingeholt. Bis dahin werde der Beschluss im Sinne einer Resolution ergänzt. So soll deutlich gemacht werden, dass dem Provisorium nur zugestimmt wird, wenn die Realisierung der holländischen Rampe vorangetrieben wird. Zum Abschluss machte er deutlich, dass der Stadtvorstand im Falle einer Ablehnung der Vorlage keine Verantwortung übernehme. Seitens der Verwaltung wurde mehrfach dargestellt, welche prekäre Situation durch eine Ablehnung entstehen würde.

Ratsmitglied Maier, gleichzeitig Ortsvorsteher von Dammheim, erläuterte nochmals die Haltung des Ortsbeirates. Zunächst zeigte dieser sich im Januar überrascht, als in der Presse über das angedachte Provisorium berichtet wurde. Hier sei die Kommunikation sehr unglücklich gewesen. Der Ortsbeirat sehe neben der ungeklärten Finanzierung die Gefahr, dass das Provisorium eine Dauerlösung darstellen wird. In der Bauausschusssitzung wurde zum Ausdruck gebracht, dass man das Votum des Ortsbeirates nicht übergehen möchte. Nun soll dies doch geschehen. Dies sei schwer nachvollziehbar.

Der Vorsitzende erläuterte nochmals die Haltung des Stadtvorstandes hinsichtlich der Gesamtverantwortung. Es habe schon öfters Beschlüsse gegeben, bei welchen sich der Stadtrat über die Entscheidung des Ortsbeirates hinweggesetzt hat. Die Verwaltung könnte nochmals mit dem Ortsbeirat Kontakt aufnehmen und um Verständnis für das Provisorium, bitten. Gleichzeitig verpflichtete man sich, die Umsetzung der holländischen Rampe voranzutreiben.

Ratsmitglied Lerch sprach von einer schwierigen Situation. Einerseits seien die städtischen Gremien hinsichtlich der Unfallrisiken in der Verantwortung, andererseits ist die Position des Ortsbeirates eindeutig. Letztendlich gebe es drei Alternativen. Erstere sei, dass man es bei der jetzigen Verkehrsführung belasse. Dies stellt jedoch sicherlich die schlechteste Lösung dar. Am besten wäre es, die holländische Rampe zu realisieren.



Hier sei die Umsetzung jedoch völlig unklar. Somit stelle die dritte Lösung, die vorübergehenden Einfädelspuren, die am sinnvollste Lösung dar. Für diese hätten sich bereits der LBM, der Landkreis und die Ortsgemeinde Bornheim ausgesprochen. Eine Ablehnung der Stadt hätte zur Folge, dass kein Umbau erfolgen würde. Er stellte die Frage, ob sich der Ortsbeirat der Risiken dieser Entscheidung bewusst sei.

Ratsmitglied Hartmann gab an, dass beide Haltungen nachvollziehbar sind. Die Fraktion der Bündnis 90/Die Grünen schließt sich allerdings dem Ortsbeirat Dammheim an. Die angedachte Resolution als Ergänzung zum Beschlussvorschlag erachten sie als nicht sinnvoll.

Ratsmitglied Freiermuth brachte zum Ausdruck, dass er die nochmalige Reflektion positiv sehe. Dennoch möchten sie den Ortsbeirat nicht übergehen. Er selbst wurde von einigen Mitgliedern des Ortsbeirates angeschrieben. Hierbei wurden ihm sehr sachlich die Ängste des Ortsbeirates dargelegt. Es handle sich um eine sehr wichtige Entscheidung. Deshalb sollte man unbedingt den LBM nochmals in das Verfahren einbinden. Den Verweis in den Stadtrat empfinden sie als positiv. Zum jetzigen Zeitpunkt unterstützen sie jedoch die Haltung des Ortsbeirates.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass die Haltung des Ortsbeirates ernst genommen werden soll, da die Bürger von Dammheim unmittelbar durch die Maßnahme betroffen wären. Sie haben Verständnis für die ablehnende Haltung aus Dammheim, da in Birkweiler ebenfalls weiterhin das damalige Provisorium besteht. Sie plädierte dafür, sich nicht über den Ortsbeirat hinwegzusetzen. Dies stelle einen Schaden für die Demokratie dar. Sie lehnen deshalb die Vorlage ab.

Der Vorsitzende widersprach und erklärte nochmals, dass sich der Stadtrat bereits öfters nach bewusster Abwägung über das Votum eines Ortsbeirates hinweggesetzt hat. Dies stelle keinen Schaden für die Demokratie dar. Die Abwägung sei Aufgabe jedes Ratsmitgliedes im Sinne der Gesamtverantwortung der Stadt. Er selbst nutze sein Recht als Oberbürgermeister, im abschließenden Gremium die Thematik nochmals aufzurufen und dort entscheiden zu lassen. In der Zwischenzeit werde er nochmals Gespräche mit dem Landrat und LBM führen. In der kommenden Sitzung des Stadtrates am 22. Mai 2018 kann nach allen Abwägungen eine demokratische Entscheidung getroffen werden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es nichts zu protokollieren.



Die Niederschrift über die 3. gemeinsame Sitzung des Hauptausschusses und Bauausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 08.05.2018 umfasst 5 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis xxx.

Vorsitzender

Dominik Hoffmann
Schriftführer